

der Berater und Beraterinnen wird aus ABM-Mitteln finanziert. Damit kann kein langfristiges Beratungsangebot sichergestellt werden.

- Beratungsarbeit ist in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation der neuen Länder sehr schwierig: es gibt keine zuverlässigen regionalen Arbeitsmarktprognosen und kaum erfolgversprechende Perspektiven für Ratsuchende; es wird zunehmend schwerer, sie für Weiterbildung zu motivieren.
- Die vorgesehene AFG-Novellierung wird als sehr ernste Bedrohung angesehen: sie würde durch die geplanten Einschränkungen der ABM-Maßnahmen nicht nur viele Berater/-innen mit entsprechendem Beschäftigungsstatus selbst treffen, sondern auch die Angebote für Ratsuchende stark beschneiden.

Als Lösungsmöglichkeiten für die genannten Probleme wurden vor allem diskutiert: eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Beratungsstellen mit intensiven Kontakten zu regionalen und überregionalen politischen und wirtschaftlichen Institutionen. Ziel sollte längerfristig die Übernahme der Beratungsstellen in kommunale Regie sein und eine Verankerung ihrer Aufgaben in Weiterbildungsgesetzen der Länder.

Die **Arbeitsgruppe 2** befaßte sich mit „Datenbanken als Instrument zur Planungs- und Strukturentwicklung in der Weiterbildung“. Dabei wurde festgestellt, daß die Diskussion über Maßnahmen zur Strukturentwicklung auf kommunaler bzw. regionaler Ebene bislang die ganzheitlich verstandene Weiterbildung ausgeklammert hat.

Es wurde Übereinstimmung erzielt, daß die vor Ort bestehende Weiterbildungsberatung sich zukünftig stärker in diese Diskussion einbringen muß. Weiterbildungsdatenbanken stellen in dieser Hinsicht ein geeignetes Planungsinstrument dar.

Die **Arbeitsgruppe 3** hatte das Thema „Werten und Gewichten von Informationen — der Beitrag der Weiterbildungsberatung zur Entwicklung von Qualitätsstandards“. Die Diskussion orientierte sich an folgenden Thesen:

- Weiterbildungsberatung ist keine Kontrollinstanz beruflicher Weiterbildung — vergleichbar z. B. den Kammern oder der Arbeitsverwaltung. Ihr Anspruch der Trägerneutralität wäre sonst gefährdet.
- Die Informationsmaterialien von Weiterbildungseinrichtungen sind häufig durch mangelnde curriculare Transparenz und geringe Vergleichbarkeit gekennzeichnet. Weiterbildungsberatung muß deshalb die verfügbaren Informationen aussagefähig und vergleichbar als Entscheidungshilfe für Ratsuchende aufbereiten, d. h. in einem Raster, das auch zeigt, welche Informationen fehlen oder mangelhaft sind. Dazu sollte eine Liste von 18 Punkten beachtet werden; sie basieren auf der Checkliste „Qualität beruflicher Weiterbildung“ vom Bundesinstitut für Berufsbildung.

- Weiterbildungsberatung ist auch Partnerin für Weiterbildungseinrichtungen (Institutionenberatung) bei dem gemeinsamen Ziel, die Weiterbildungsinfrastruktur zu verbessern und auch gemeinsam für die Sicherung der Qualität zu sorgen. Sie könnte z. B. moderierend in einem freiwilligen Arbeitskreis von Weiterbildungseinrichtungen zur „Qualitäts sicherung“ mitarbeiten oder im Auftrag von Trägern Teilnehmerbefragungen durchführen. Bei kommunaler Trägerschaft käme auch eine Mitarbeit im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes in Betracht.

Weiterbildungsberatung sollte sich auch um den Arbeitsmarkterfolg von Weiterbildung kümmern, z. B. durch Nachbefragung von Ratsuchenden. Die Ermittlung des regionalen Weiterbildungsbedarfs und die arbeits marktliche Verwertbarkeit einzelner Ange-

bote wird als wichtige aber auch besonders schwierige Aufgabe gesehen.

Eine Dokumentation der Tagungsbeiträge und -ergebnisse wird demnächst vom Deutschen Städtetag vorgelegt. Diese und weitere Informationen sind zu erhalten vom: Deutschen Städtetag, Hauptgeschäftsstelle, Klaus Hebborn oder Ada Fischer, Lindenallee 13–17, 5000 Köln 51 (Marienburg), Tel.: (02 21) 37 71-2 65 und -2 90.

Nachholbedarf bei kaufmännischen Berufen in den östlichen Bundesländern

Rudolf Werner

In den östlichen Bundesländern gibt es noch wenig Ausbildungsstellen in den kaufmännischen und Dienstleistungsberufen. Der Schwerpunkt liegt bei den industriellen und gewerblichen Berufen. Dies ergibt eine Analyse der Berufsbildungsstatistik von Anfang 1992 durch das Bundesinstitut für Berufsbildung.

Die industriellen Berufe umfassen in den östlichen Ländern trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Industriebetriebe 38 Prozent aller Ausbildungsverträge, im Westen sind dies nur 20 Prozent. Viele Jugendliche haben auch Ausbildungsplätze in den neuen Metall- und Elektroberufen gefunden. Einen großen Anteil daran haben Ausbildungsringe und außerbetriebliche Einrichtungen. Sie nutzen auch häufig die Einrichtungen der früheren Großbetriebe.

Erfreulich ist, daß im Handwerk in den östlichen Ländern bereits in größerem Umfang

Tabelle: Anteile der Ausbildungsberufe in alten und neuen Bundesländern Anfang 1992- in Prozent

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berufliche Bildung; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Industrielle Berufe	20,5	37,8
Kaufmännische u. technische Berufe in Industrie u. Handel	30,9	23,2
Handwerk	32,2	28,6
Landwirtschaft	1,9	4,5
Öffentlicher Dienst	4,3	1,6
Freie Berufe	9,6	2,9
Hauswirtschaft	0,6	1,2
Seeschiffahrt	0,1	0,2

ausgebildet wird. Der Anteil des Handwerks (29 Prozent) ist bereits fast ebenso groß wie in den westlichen Ländern (32 Prozent). Insbesondere in den Bauberufen haben in den östlichen Ländern relativ viele Jugendliche einen Ausbildungervertrag abgeschlossen.

Auch die Landwirtschaft hat einen großen Anteil am Ausbildungsplatzangebot (fünf Prozent), während in den westlichen Ländern der entsprechende Wert bei zwei Prozent liegt. Hier wirken offensichtlich die Strukturen der früheren DDR nach. Die Landwirtschaft befindet sich in einer großen Umbruchphase, und die Beschäftigungschancen der Ausgebildeten sind ungewiß.

Bei den Freien Berufen sind die Praxen und Büros erst noch im Aufbau. So gibt es noch kaum Ausbildungsplätze bei Ärzten, Zahnärzten, Rechtsanwälten und Steuerberatern, bei Reisebüros und Versicherungen. Auch im Öffentlichen Dienst der neuen Länder sind erst wenige Ausbildungsstellen eingerichtet. Dadurch haben vor allem junge Frauen Schwierigkeiten, einen Ausbildungsort zu finden. Ihr Anteil (38 Prozent) ist deutlich geringer als in den westlichen Bundesländern (42 Prozent).

Insgesamt waren in den neuen Ländern Anfang 1992 235 000 Ausbildungerverträge regi-

striert. Diese Zahl ist im Verhältnis zur Wohnbevölkerung in den östlichen Ländern noch deutlich niedriger als in den westlichen Ländern.

den neuen Entwicklungen im Bildungsbe- reich ergeben.

Die Enquete-Kommission will mit der Veröf- fentlichung der Gutachten Anstöße für eine intensive Diskussion der bildungspolitischen Probleme im vereinten Deutschland geben und wesentliche Beratungsgrundlagen, die nicht alle durch einen Verlag veröffentlicht werden, dem begrenzten Kreis von Interes- sierten offenlegen.

Die nachfolgend genannten Gutachten und Materialien der Reihe „Diskussionspapiere“ können beim Deutschen Bundestag, Sekre- tariat des Ausschusses für Bildung und Wis- senschaft, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, bestellt werden.

Diskussionspapiere der Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungs- politik — Bildung 2000“ des 11. Deutschen Bundestages

Eckart Kuhlwein

Die Enquete-Kommission des Deut- schen Bundestages „Zukünftige Bildungspolitik — Bildung 2000“ hat in einer Reihe von Gutachten bildungspolitisch relevante Pro- bleme aufarbeiten lassen. Darin soll- ten die langfristig wirksamen ge- sellschaftlichen Faktoren unter- sucht werden, von denen die zu- künftige Bildungspolitik des Bun- des ausgehen bzw. die sie mitge- stalten kann.

Die Kommission sollte u. a. die Bildungsbe- teiligung sowie die Übergänge innerhalb des Bildungssystems und vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem analysieren und Vor- schläge zur Verbesserung auch der Chancen benachteiligter Schichten und Gruppen ma- chen. Sie sollte prüfen, welche Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und soziale Haltun- gen in der beruflichen Bildung, der Hoch- schule und der Weiterbildung vermittelt wer- den müssen und wie lebensbegleitendes Ler- nen für alle ermöglicht werden kann. Weiter sollte die Kommission die bildungspoli- tischen Auswirkungen der neuen Informa- tions- und Kommunikationstechnologien ebenso untersuchen wie Veränderungen des Besoldungs- und Beamtenrechts, die sich aus

Reihe „Diskussionspapiere“ der Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik — Bildung 2000“

Anne Schlüter, Irmgard Weinbach
Beteiligung und Einmündung von Frauen in gewerblich-technische und naturwissen- schaftliche Ausbildung und Berufe. Mög- lichkeiten des Distanzabbaus

Teilgutachten I: (A. Schröder) Erfahrungen und Konsequenzen aus dem In- und Ausland zum Aufbau sozialer Akzeptanz von Frauen in gewerblich-technischen und technikorien- tierten Berufen; Teilgutachten II: (Irmgard Weinbach) Leistung und Interesse im vor- schulischen und schulischen Bereich

Lenelis Kruse, Annette Niederfranke, Ute Hartmann

Frauen in Führungspositionen

Rainer Block
Bildungsbeteiligung in der beruflichen Weiterbildung

John Lowe
Educational Trends and Prospects in OECD Member Countries